# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1288.

**Organ der Vereinigten Sozialdemokratie**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 2. Woche vom 5. bis 11. Januar 80 Goldpfennige, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 20 Goldpfennige. Einzelnummer 15 Goldpfennige. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261 Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261 Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 5 | Dresden, Montag den 7. Januar 1924 | 35. Jahrg.


# Der Spruch des Landesparteitags

Wie zu erwarten war, hat die gestrige Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit im sächsischen Landtag scharf verurteilt. Die Resolution, in der das ausgesprochen wird und die mit übergroßer Mehrheit angenommen wurde, fordert in Punkt 3 auch den sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten und die Auflösung des Landtages. Wie weit dieser Punkt der Resolution durchführbar ist und ob die Formulierung richtig war, wird die nächste Zeit lehren. Nach Annahme der Resolution gab Genosse Wirth im Namen der Fraktionsmehrheit eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Fünfundzwanzig die Entscheidung des kommenden Reichsparteitages anrufen. In der bürgerlichen Presse schwirren über die Beschlüsse des Parteitages falsche Nachrichten umher. So weiß der Dresdner Anzeiger zu melden, daß ein Antrag Lipinski angenommen worden sei, der den Ausschluß der Disziplinbrecher aus der Partei verlangt. Wo und wann dieser „Antrag Leipzig" eingebracht und angenommen worden ist, bleibt das Geheimnis des Dresdner Anzeigers; von den an der Landesversammlung Beteiligten weiß niemand etwas davon, und es ist schon notwendig, daß die bürgerliche Presse die Berichte abwartet, ehe sie solche Enten hinausschickt und ehe sie Betrachtungen dazu mit der fetten Ueberschrift „Bruch in der sächsischen S. P. D." versieht.

Die Bedeutung der gestrigen Landesversammlung zeigte sich auch in der Beschickung durch den Parteivorstand: Wels, Dittmann und Hilferding waren erschienen. Genosse Wels legte den Standpunkt des Parteivorstandes zu der Streitfrage dar und mahnte beide Teile zur Versöhnlichkeit. Er sprach im übrigen der Landesversammlung das Recht ab, Beschlüsse zu fassen, die die Richtlinien für Regierungsbildungen abgeben. Dieses Recht stehe nur der Gesamtpartei, das heißt dem Reichsparteitag, zu. Er berief sich auf das Parteistatut und den bisherigen Brauch in der Partei. Wels' Standpunkt ist unsers Erachtens nicht haltbar. Im alten Deutschland konnte es angehen, daß über die Haltung der Sozialdemokratie zu den Regierungen der einzelnen Staaten gültige Beschlüsse vom Parteitag für alle Landsmannschaften aufgestellt wurden; im republikanischen Deutschland jedoch, in dem es uns möglich ist, in dem einen Einzelstaat in die Regierung einzutreten, in jenem Oppositionsstellung gegen die Landesregierung zu betreiben muß man schon den Genossen der Einzelstaaten das Recht überlassen, sich nach den jeweiligen wechselhaften Verhältnissen ihrer Länder selbst zu entscheiden. Und dann: wenn Parteitage sprechen sollen, so müßte man vor allem mit der Einberufung von Parteitagen korrekter verfahren, als es gerade der Parteivorstand mit dem diesjährigen getan hat.

Zum Disziplinbruch wollte sich Genosse Wels nicht äußern. Er hätte wohl auch nicht bestreiten können, daß der Landesparteitag von der Fraktionsmehrheit in einer Weise, die den auf der letzten Landesversammlung gefaßten Beschlüssen widerspricht, vor fertige Tatsachen gestellt wurde. Genosse Müller (Leipzig), der nach Arzts Referat den Standpunkt der Fünfundzwanzig verteidigte, führte in seiner Rede einen Gesichtspunkt an, der unsrer Ansicht nach wichtig ist und im Laufe der Debatte leider vollständig unter den Tisch fiel: die Fraktionsmehrheit habe sich gegen die Landtagsauflösung entschieden, weil die Landtagsauflösung es der Landesversammlung unmöglich gemacht hätte, etwas an den Ereignissen zu ändern. Die Bildung der großen Koalition dagegen sei eine Angelegenheit, die die Landesversammlung korrigieren könne. Wenn diese Meinung in Müllers Rede nicht eine bloße Redensart sein sollte, was wir angesichts der Bedeutung der Angelegenheit nicht annehmen möchten, so hätte hiernach die strittige Frage geklärt sein können. Wir verstehen darum nicht, wie die Fraktionsmehrheit ihren Standpunkt mit dieser Erklärung Müllers in Einklang bringen will, wenn sie jetzt an den Parteitag appelliert! Entweder man gesteht der Landesversammlung das Recht zu, den Beschluß der Fünfundzwanzig zu korrigieren, dann ist der Appell an eine höhere Instanz unlogisch und widerspruchsvoll, oder aber man hat mit der großen Koalition die Landesversammlung vor eine fertige und unumstößliche Tatsache stellen wollen, dann fällt das Kernstück der Müllerschen Begründung in sich zusammen. Aufgabe der Fraktionsmehrheit ist es nunmehr, sich darüber klarzuwerden, was sie tun und wie sie sich mit der Darstellung ihres Sprechers abfinden will. Wir hoffen, daß sie nach ruhiger Erwägung den Standpunkt Müllers anerkennt, der uns als vernünftig und versöhnlich erscheint, und daß sich die Landesinstanzen und die Gesamtfraktion zusammensetzen und in ruhiger, sachlicher Weise erwägen, wie die sächsische Partei ohne weitere Schädigungen aus der Situation am besten herauskommt.

Wir können heute aus technischen Gründen nur einen Teil des Berichtes bringen. Der Schluß folgt morgen. Eine abschließende Betrachtung wird erst Zweck haben, wenn unsern Lesern der Schluß des Berichtes vorliegt. Aber eins möchten wir heute schon hervorheben: der Riß in der Fraktion, der Verlauf des Parteitags und die unerfreuliche Situation, vor der die sächsische Sozialdemokratie jetzt steht, gibt denen recht, die in der Streitfrage „Große Koalition oder Landtagsauflösung?" sich unbeschadet ihrer Stellung zur Koalitionsfrage für die Landtagsauflösung entschieden. Der Zündstoff, den das verfassungswidrige Vorgehen des Reiches gegen Sachsen, die Militärdiktatur mit ihren Brutalitäten und Willkürakten, die bürgerlichen Parteien mit ihrem sozialistenfeindlichen Verhalten geschaffen haben, sowie Stimmung und Meinungsgegensätze in der Partei machten es notwendig, daß man einer Volksentscheidung nicht aus dem Wege ging und die Verantwortung für die künftige Regierung den Wählermassen überließ. Das war der Weg, den auch diejenigen Bezirke hätten beschreiten können, die sich in einer unsrer Ansicht nach recht einseitigen Weise gegen jedes Zusammenregieren mit bürgerlichen Parteien in Sachsen festgelegt hatten. Die größte Unklugheit der Fünfundzwanzig war, daß sie dieses sehr wichtige Moment nicht genügend berücksichtigten und glaubten, daß man so brennende, umstrittene Fragen durch Bruch von Mehrheitsbeschlüssen lösen könne.

* * *

## Gegen den Disziplinbruch

Die nachfolgende Entschließung wurde in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 16 Stimmen angenommen; vier enthielten sich der Stimme.

Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie stellt fest:

1. Die aus 25 Genossen bestehende Mehrheit der Landtagsfraktion hat in der Landtagssitzung am 4. Januar mit Volkspartei und Demokraten eine Regierung gebildet und damit den Beschluß des Landesparteitags vom 2. Dezember, der ausdrücklich jede Koalitionsbildung von der vorherigen Zustimmung des Parteitages abhängig machte, gebrochen. Sie hat mit den Stimmen der Bürgerlichen einen Ministerpräsidenten gewählt und ist voll verantwortlich für die Spaltung der Fraktion.

Dieses Verhalten der Fraktionsmehrheit ist ein grober Bruch der Parteidisziplin und bildet einen beispiellosen Vorgang in der Geschichte der Sozialdemokratie. Der Disziplinbruch wiegt um so schwerer, als die Landtagsfraktion selbst es war, die eine Entscheidung des Parteitages verlangt hat und trotzdem zwei Tage vor Stattfinden des Parteitages die Entscheidung vorwegnahm.

Die Fraktionsmehrheit hat ferner den Beschluß des Parteitages verletzt, der die Kompetenzen der Fraktion festgelegt und die Entscheidung über alle wichtigen taktischen Fragen den Landesinstanzen und einer Vertretung der Fraktion in gemeinschaftlicher Beratung übertrug. Die Landesinstanzen sind bei den letzten Handlungen der Fraktion völlig ausgeschaltet worden.

Der Parteitag spricht deshalb der Fraktionsmehrheit sein schärfstes Mißtrauen aus und billigt die Haltung der 15 Genossen der Fraktionsminderheit, die durch eine öffentliche Erklärung ihren ablehnenden Standpunkt gegen den Parteitagsbeschlüssen präzisierte.

2. Die eingegangene Verbindung mit Volkspartei und Demokraten ist eine glatte Unterwerfung unter die Gewalttaktik der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsstreich und Reichsexekutive die Zerschlagung der sozialistischen Positionen und die Bildung einer Großen Koalition anstrebte. Diese Unterwerfung würde die Handlungsfreiheit der Partei verneinen. Deshalb billigt der Parteitag die Ablehnung der Großen Koalition durch die Fraktionsminderheit.

3. In Konsequenz dieser Feststellungen verlangt der Parteitag den Rücktritt des Ministerpräsidenten, den Appell an das Volk und fordert von der Fraktion, für die sofortige Auflösung des Landtages mit allen Mitteln einzutreten. Wird die Landtagsauflösung im Landtage nicht erreicht, so ist der Volksentscheid durchzuführen.

4. Der Landesparteitag fordert ausdrücklich von der Landtagsfraktion, daß sie diesen Beschlüssen entsprechend handelt. Nach § 23 des Reichsparteistatutes sind die örtlichen Organisationen und die Bezirksorganisationen gehalten, gegen die Parteimitglieder vorzugehen, die beharrlich die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse verweigern.

5. Der Parteitag fordert die Parteigenossen im Lande auf, treu zu den Beschlüssen des Landesparteitages zu stehen und der Spaltungsabsicht, komme sie, woher sie wolle, mit rücksichtsloser Energie entgegenzutreten. Angesichts der Zusammenballung aller reaktionären Kräfte gegen das Proletariat ist mehr als je die Aufrechterhaltung einer einigen und dadurch schlagfertigen Sozialdemokratie das Gebot der Stunde. Der Landes-Arbeitsausschuß.

*

## Erklärung der Fraktionsmehrheit

Nach Annahme vorstehender Entschließung gab die Fraktionsmehrheit folgende Erklärung ab:

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ist bereit, für ihre Stellungnahme vor dem Lande sowie der Gesamtpartei die volle Verantwortung zu tragen. Sie ist sich der Tragweite ihrer Handlungsweise in vollstem Umfange bewußt und wird bei der Bedeutung der von ihr gefaßten Beschlüsse die Entscheidung des am 30. März tagenden Reichsparteitages anrufen, der die Grundlinie für die sozialdemokratische Politik zu bestimmen hat.

*

## Gegenerklärung des Parteitags

Auf die Erklärung der Fraktionsmehrheit erklärt der Landesparteitag, daß die V. S. P. D. in Sachsen nach den auf dem Landesparteitag am 6. Januar 1924 gefaßten Beschlüssen, an dem Kabinett Heldt nicht beteiligt und für diese Koalitionsregierung nicht verantwortlich ist. Der Parteitag fordert, daß trotz der Erklärung der Fraktionsmehrheit seine Beschlüsse, entsprechend der angenommenen Resolution, durchgeführt werden.

Diese Entschließung wurde gegen 2 Stimmen angenommen.

*

## Eine Erklärung des Parteivorstandes

Um jeder Legendenbildung vorzubeugen, erklären wir, daß die Behauptung, die Fraktionsmehrheit habe sich beim Parteivorstand die Genehmigung zum Eingehen der großen Koalition geholt, nicht der Wahrheit entspricht. Ein solches Ersuchen ist weder an den Parteivorstand gestellt worden, noch hat dieser Stellung zu der Frage genommen.

Dittmann, Hilferding, Wels.

* *

## Die Verhandlungen

Unter gespannter Aufmerksamkeit eröffnete Genosse Arzt den Landesparteitag und forderte alle Delegierten zu ernster Mitarbeit auf. Jeder müsse sich des Ernstes der Lage bewußt sein und zu seinem Teile mithelfen, in sachlicher Weise die Aufgaben zu lösen.

Sodann wurde in die Wahl des Bureaus eingetreten. Die Genossen Arzt und Weckel wurden als Vorsitzende gewählt.

Darauf verlas Genosse Arzt den Antrag des Bezirks Leipzig, der mit Anhang vom Landesarbeitsausschuß zur Annahme empfohlen wurde. Der Antrag, der die Vertretung des A. D. G. B. regelt, lautet wie folgt:

„Dem Landesausschuß des A. D. G. B. steht das Recht zu, zu den Sitzungen des engeren Landesarbeitsausschusses zwei Vertreter, zu den Landessitzungen der V. S. P. D., gemäß § 3 der Bestimmungen für die gemeinschaftliche Zusammenarbeit der Bezirksverbände in Sachsen, und zu den Landesversammlungen der V. S. P. D. drei Vertreter mit Stimmrecht zu delegieren, die Mitglieder der V. S. P. D. sein müssen.

Dieser Beschluß wird wirksam, wenn sich der Landesarbeitsausschuß des A. D. G. B. in Sachsen bereit erklärt, einer Vertretung der V. S. P. D. zu seinen gleichartigen Sitzungen seiner Körperschaften in gleichem Ausmaße Sitz und Stimme einzuräumen."

Der Anhang des Landesarbeitsausschusses hat folgenden Wortlaut:

„Der Beschluß der Landesinstanzen, der Afa einen Vertreter in den Sitzungen des Landesarbeitsausschusses und der Landesinstanzen zuzubilligen, wird bestätigt.

Die Regelung soll gelten bis zum Inkrafttreten des neuen Organisationsstatuts."

Nachdem Genosse Arzt in kurzen Worten den Hergang des Streitfalles zwischen dem A. D. G. B. und den Landesinstanzen sachlich dargestellt hatte, wurden der Antrag Leipzig sowohl wie der Anhang des Landesarbeitsausschusses ohne Debatte angenommen.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung:

### Stellungnahme zur Landtagsauflösung,

hielt Genosse Landtagsabgeordneter Artur Arzt das Referat. Er führte ungefähr folgendes aus:

Bei der Frage, über die wir zu befinden haben, handelt es sich um die große fundamentale Einstellung der einzelnen Parteigenossen, wie wir sie innerhalb unsrer Partei immer gehabt haben. Was den Kampf außerordentlich schwer macht, ist, daß der Kampf nicht sachlich geführt wird, sondern in der allerpersönlichsten, gehässigsten Art. Zu denen, die den Kampf auf diese Art führen, gehört auch der Genosse Dittmann vom Parteivorstand. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Nicht allein, daß der ganze Artikel Dittmanns von nicht gerade interner Sachkenntnis über die besonderen politischen Verhältnisse in Sachsen Zeugnis ablegt, sondern das Bedauerlichste ist, daß er den Kampf in das persönliche Gebiet hinüberspielt.

In ähnlicher Weise wird der Kampf geführt von einer Organisation Unzufriedener, die unter der Leitung des Genossen Rahmann, des Sekretärs der Reichstagsfraktion, der Genossen Schnettler, Heinrich Brand, Heinrich Marx usw. ein Mitteilungsblatt gegen die sozialdemokratische Katastrophenpolitik herausgegeben haben.

Die Kommunisten haben uns erklärt, daß auf Grund der politischen Vorgänge seit der Entsetzung der sozialdemokratisch-kommunistischen Minderheitsregierung es für sie ausgeschlossen sei, uns zu unterstützen. Die sozialdemokratische Regierung führe nur ein Schattendasein, in Wirklichkeit regiere der General Müller. Man fragte uns, ob wir gewillt sind, die Arbeiter zu bewaffnen, Demonstrationen einzuleiten und dergleichen. Das haben wir abgelehnt, weil wir uns sagten, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgeschlossen ist, mit diesen Mitteln zu kämpfen. Das hätte bedeutet,

### die Arbeiter den Bajonetten der Reichswehr auszuliefern.

Diese Situation ist gemeinsam von Fraktion und Landesinstanzen besprochen worden. Dabei kam man dazu, zur Entscheidung einen Landesparteitag einzuberufen. Wir waren uns schlüssig geworden, die Entscheidung über die Landtagsauflösung im Landtage bis nach den Gemeindewahlen hinauszuzögern. Schließlich wurde der 6. Januar als Tag des Landesparteitages einstimmig angenommen. Um nun den Landesparteitag nicht allein vor das Problem große Koalition oder Landtagsauflösung zu stellen, wurde in der Fraktion beschlossen, daß man Fühlung mit den Demokraten nehmen solle. Ausdrücklich wurde betont, daß es sich dabei nicht etwa um eine Verhandlung mit den Demokraten, sondern lediglich um eine Fühlungnahme handele. Nach dieser Fühlungnahme berichtete uns Genosse Wirth, daß die Demokraten erklärt hätten, es habe keinen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240107/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG